

Inhaltsverzeichnis

Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort	VII
Allgemeines Abkürzungsverzeichnis	XVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXI

A. Einleitung

(von Harbou/Weizsäcker)

I. Zum Begriff „Einwanderungsrecht“	2
II. Zur Debatte um ein Einwanderungsgesetz	4
III. Zum Aufbau des Buchs	7

B. Migration zum Zweck der Erwerbstätigkeit

(Ponert/Tollenaere)

I. Vorbemerkung	11
II. Grundlagen des Arbeitsmigrationsrechts	13
1. Begriff der Erwerbstätigkeit	14
2. Berechtigung zu Aufenthalt und Erwerbstätigkeit	14
III. Aufenthaltstitel für eine Beschäftigung	16
1. Grundsätze der Zulassung von Arbeitnehmern aus Drittstaaten	16
a) Fachkräfte und qualifizierte Beschäftigung	16
b) Konkretes Arbeitsplatzangebot	18
c) Zustimmung der Arbeitsagentur	18
d) Versagungsgründe seitens der Bundesagentur	21
e) Berufsausübungserlaubnis und Gleichwertigkeit des Abschlusses	24
f) Mindestgehaltgrenze	24
g) Erteilung und Erteilungsdauer	25
2. Aufenthaltserlaubnis für Fachkräfte mit Berufsausbildung	25
3. Aufenthaltserlaubnis für Fachkräfte mit Hochschulabschluss	26
4. Blaue Karte EU	28
a) Allgemeine Voraussetzungen	29
b) Mindestgehalt und Zustimmungsfreiheit	30
c) Privilegierungen bei Mangelberufen	30
d) Mobilität innerhalb der EU	31
e) Spezialistentitel als Alternative	31
5. Entsendungen in internationalen Unternehmen	31
a) ICT-Karte	32
b) Kurzfristige Mobilität unternehmensintern transferierter Arbeitnehmer	33
c) Mobiler-ICT-Karte	33
d) Internationaler Personalaustausch	34
6. Sonstige Personengruppen	34
a) Privilegierter Arbeitsmarktzugang für bestimmte Staatsangehörige („Best-Friends“-Regelung)	34
b) „Westbalkan-Regelung“	35
c) Beschäftigung mit ausgeprägten berufspraktischen Kenntnissen	36

Inhaltsverzeichnis

d) Wissenschaftler	37
e) Weitere Berufs- und Personengruppen	37
IV. Aufenthaltserlaubnis für eine selbständige Tätigkeit	37
1. Unternehmerinnen und Unternehmer	38
a) Reguläre Aufenthaltserlaubnis für Unternehmerinnen und Unternehmer	38
b) Sonderregelungen für Absolventen inländischer Hochschulen, Forscher und Wissenschaftler	41
c) Niederlassungserlaubnis oder Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis	42
2. Freiberufliche Tätigkeit	43
3. Selbständige Tätigkeit bei Aufenthaltstiteln zu sonstigen Zwecken	44
V. Weitere Aufenthaltszwecke im Bereich der Arbeitsmigration	44
1. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Arbeitsplatzsuche	44
2. Absolvierung von Praktika außerhalb des Studiums	45
3. EU-Daueraufenthaltsberechtigte	46
VI. Fazit und Ausblick	46
C. Migration zum Zweck des Studiums und der Berufsausbildung (Weizsäcker)	
I. Vorbemerkung	49
II. Aufenthalt zum Zweck des Studiums	51
1. Regelungen und Zuständigkeiten	51
2. Voraussetzungen für einen Aufenthaltstitel zum Zweck des Studiums ..	53
a) Aufenthaltszweck – was fällt unter „Studium“?	53
b) Zulassung zum Studium	54
c) Sprachkenntnisse	56
d) Sicherung des Lebensunterhalts	56
e) Keine Ablehnungsgründe nach § 19f AufenthG	57
f) Sonderregelungen für in anderen EU-Staaten bereits zugelassene Studierende	57
3. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis während des Studiums	58
4. Zweckwechselverbot	58
5. Aufenthaltsstatus nach erfolgreichem Abschluss des Studiums	59
a) Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Arbeitsplatzsuche	59
b) Arbeitsmarktzugang für Absolventen inländischer Hochschulen ..	59
III. Aufenthalt zum Zweck einer Berufsausbildung	60
1. Regelungen und Zuständigkeiten	60
2. Voraussetzungen für einen Aufenthaltstitel zum Zweck der Berufsausbildung	61
a) Aufenthaltszweck – was ist eine (qualifizierte) Berufsausbildung iSd AufenthG?	61
b) Nachweis des Aufenthaltszwecks und zusätzliche Anforderungen ..	63
c) Sicherung des Lebensunterhalts	63
d) Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit	64
3. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis während der Berufsausbildung	65
4. Zweckwechselverbot	65
5. Aufenthaltsstatus nach erfolgreichem Abschluss der Berufsausbildung	65

Inhaltsverzeichnis

a) Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Arbeitssuche	65
b) Arbeitsmarktzugang für Absolventen inländischer Ausbildungen ..	66
IV. Erwerbstätigkeit während des Studiums oder der Berufsausbildung ..	66
1. Beschäftigung während des Studiums	66
2. Nebenbeschäftigung während einer Berufsausbildung	68
3. Selbständige Erwerbstätigkeit während Studium oder Ausbildung ..	68
4. Erwerbstätigkeit während der Arbeitssuche nach Abschluss des Studiums oder der Ausbildung	69
V. Fazit und Ausblick	69
D. Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse <i>(Neundorf)</i>	
I. Vorbemerkung	73
II. Grundlagen der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen ..	76
1. Rechtsgrundlagen der Anerkennungsverfahren	77
a) EU-Berufsanerkennungsrichtlinie (RL 2005/36/EG)	78
b) Das Anerkennungsgesetz des Bundes	80
c) Anerkennungsgesetze der Länder	82
2. Für die Anerkennung zuständige Stellen	82
3. Das Anerkennungsverfahren	85
a) Verfahrensvorgaben	86
b) Prüfung der Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation	89
c) Besonderheiten der Gleichwertigkeitsprüfung bei reglementierten Berufen	90
d) Sonstige Verfahren zur Feststellung der Gleichwertigkeit bei fehlenden Nachweisen	91
4. Der Erwerb inländischer Abschlüsse als Alternative zur Durchführung von Anerkennungsverfahren	92
III. Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse	94
1. Hochschulabschlüsse	94
2. Allgemeinbildende Schulabschlüsse	95
IV. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (§ 16d AufenthG)	96
1. Anwendungsbereich	97
2. Aufenthaltserlaubnis für die Durchführung einer Qualifizierungsmaßnahme und anschließender Prüfung gem. § 16d Abs. 1 AufenthG ..	97
3. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Anerkennung der Berufsqualifikation bei gleichzeitiger qualifizierter Beschäftigung gem. § 16d Abs. 3 AufenthG	100
4. Aufenthaltserlaubnis für Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen von Vermittlungsabsprachen gem. § 16d Abs. 4 AufenthG	101
V. Fazit und Ausblick	102
E. Die Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem <i>(von Harbou)</i>	
I. Vorbemerkung	107
II. Rechtsstellung nach erfolgreichem Abschluss des Asylverfahrens	109
III. Rechtsstellung während des Asylverfahrens oder nach dessen erfolglosem Abschluss	111
1. Integrationskurs, Berufssprachkurs und „Arbeitsgelegenheiten“	113

Inhaltsverzeichnis

2. Kita, Schule und Studium	116
3. Hospitation, Praktikum und Freiwilligendienst	117
4. Betriebliche Ausbildung	118
5. Abhängige Beschäftigung	120
a) Staffelung nach Aufenthaltsdauer	121
b) Erleichterungen für den Arbeitsmarktzugang	122
c) Erwerbstätigkeitsverbot	122
6. Selbständige Erwerbstätigkeit	123
7. „Spurwechsel“ durch Ausbildungs- oder Beschäftigungsduldung	124
a) Ausbildungsduldung	124
b) Beschäftigungsduldung	126
IV. Fazit und Ausblick	126
F. Freizügigkeitsrechte von Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen (Hase)	
I. Vorbemerkung	131
II. Unionsbürgerschaft	132
III. Freizügigkeitsrechte	134
1. Allgemeine Freizügigkeit Nichterwerbstätiger	136
2. Arbeitnehmerfreizügigkeit	137
a) Arbeitnehmerbegriff	137
b) Arbeitssuche	138
3. Niederlassungsfreiheit	139
4. Dienstleistungsfreiheit	140
a) Dienstleistungserbringung	140
b) Dienstleistungsempfang	141
5. Verbleibeberechtigte	141
a) Tätigkeit von mehr als einem Jahr	142
b) Unfreiwillige Arbeitslosigkeit	143
c) Bestätigung durch die Bundesagentur für Arbeit	144
6. Daueraufenthalt	144
a) Ständiger rechtmäßiger Aufenthalt	145
b) Erlöschen des Daueraufenthaltsrechts	146
c) Verfahrensfragen	146
7. Abgeleitetes Freizügigkeitsrecht	146
a) Begriff der Familienangehörigen	147
b) Unterhaltsgewährung	148
c) Familiennachzug zu Unionsbürgerkindern und Kindern früherer Arbeitnehmer	149
d) Bleiberecht des Ehegatten nach Scheidung	151
IV. Beendigung des Freizügigkeitsrechts	152
1. Feststellung des Nichtbestehens eines Freizügigkeitsrechts	152
2. Verlustfeststellung nach § 6 FreizügG/EU („Ausweisung“)	153
3. Verlustfeststellung nach § 2 Abs. 7 FreizügG/EU (Missbrauchsfälle)	154
V. Sozialleistungsrechtliche Besonderheiten bei Unionsbürgern	155
1. Leistungsausschluss in den ersten drei Monaten	156
2. Leistungsausschluss bei Arbeitssuche	156
3. Leistungsausschluss bei fehlendem Aufenthaltsrecht	157
4. Leistungsausschluss bei Aufenthaltsrecht nach Art. 10 Freizügigkeits-VO	157
5. Kein Leistungsausschluss nach fünfjährigem Aufenthalt	158
6. Leistungsausschlüsse im SGB XII	159

Inhaltsverzeichnis

7. Verfassungsrechtliche Bedenken	160
8. Leistungsansprüche nach Fürsorgeabkommen	162
VI. Fazit und Ausblick	164
G. Aufenthaltsrechte aus dem Assoziationsabkommen EWG/Türkei (Zeran)	
I. Vorbemerkung	167
II. Verhältnis zu anderen Rechtsnormen	168
III. Rechte türkischer Arbeitnehmer nach Art. 6 ARB 1/80	169
1. Voraussetzungen des Rechts aus Art. 6 ARB 1/80	169
2. Zeitliche Abstufung	170
3. Unterbrechung der Beschäftigung	173
4. Verlust des Rechts aus Art. 6 ARB 1/80	173
IV. Rechte der Familienangehörigen türkischer Arbeitnehmer nach Art. 7 ARB 1/80	174
1. Voraussetzungen des Rechts aus Art. 7 S. 1 ARB 1/80	174
2. Akzessorischer Aufenthalt	175
3. Aufenthalt der Kinder türkischer Arbeitnehmer im Anschluss an eine Berufsausbildung	176
4. Daueraufenthaltsrecht	176
5. Verlust der Rechtstellung	177
V. Standstillklauseln im Assoziationsrecht	177
VI. Fazit und Ausblick	182
H. Zugang zu Sozialleistungen und Sicherung des Lebensunterhalts (Devetzi/Walter)	
I. Vorbemerkung	185
II. Drittstaatsangehörige	185
1. Erwerbstätigkeit	187
a) Sicherung des Lebensunterhalts	187
b) Leistungen bei Arbeitslosigkeit	194
c) Leistungen im Alter, bei Invalidität und für Hinterbliebene	195
d) Familienleistungen	196
2. Studium und Ausbildung	197
a) Lebensunterhaltssicherung	197
b) Leistungen zur Förderung des Studiums und der Ausbildung	199
c) Familienleistungen	201
III. Unionsbürger	201
1. Grundsätze	201
a) Zugang zu Sozialleistungen für „versicherte Personen“: Freizügigkeit und soziale Sicherheit	201
b) Zugang zu Sozialleistungen für Arbeitnehmer: Freizügigkeit und „soziale Vergünstigungen“	204
c) Nichterwerbstätige Unionsbürger	205
d) Zugang zu Sozialleistungen nach deutschem Recht	205
2. Erwerbstätigkeit	205
a) Sozialversicherung	205
b) Leistungen zur Förderung des Studiums und der Ausbildung	207
c) Familienleistungen	207
d) Leistungen der Grundsicherung	209

3. Studium und Ausbildung	210
4. Nichterwerbstätige	210
IV. Fazit und Ausblick	211

**I. Verfestigung des Aufenthalts und Erwerb
der deutschen Staatsangehörigkeit (Hoffmann)**

I. Vorbemerkung	215
II. Erwerb einer Niederlassungs- oder EU-Daueraufenthaltserlaubnis ..	216
1. Grundtatbestände der Aufenthaltsverfestigung	217
a) Niederlassungserlaubnis (§ 9 AufenthG)	217
b) Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU (§ 9a AufenthG)	220
2. Privilegierungen für bestimmte Erwerbstätige	225
a) Niederlassungserlaubnis für Fachkräfte (§ 18c Abs. 1 S. 1 AufenthG)	225
b) Niederlassungserlaubnis für Absolventen einer inländischen Ausbildung oder eines Studiums (§ 18c Abs. 1 S. 2 AufenthG)	225
c) Niederlassungserlaubnis für Inhaber einer Blauen Karte EU (§ 18c Abs. 2 AufenthG)	225
d) Niederlassungserlaubnis für hoch qualifizierte Fachkräfte mit akademischer Ausbildung (§ 18c Abs. 3 AufenthG).	226
e) Niederlassungserlaubnis für Selbstständige (§ 21 Abs. 4 S. 2 AufenthG)	226
3. Weitere Sondertatbestände der Niederlassungserlaubnis	227
a) Niederlassungserlaubnis für Asylberechtigte, anerkannte Flüchtlinge und Resettlement-Flüchtlinge (§ 26 Abs. 3 AufenthG)	227
b) Niederlassungserlaubnis für Inhaber anderer humanitärer Aufenthaltstitel (§ 26 Abs. 4 AufenthG)	228
c) Niederlassungserlaubnis aufgrund familiärer Lebensgemeinschaft (§ 28 Abs. 2 AufenthG)	229
d) Niederlassungserlaubnis nach Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft (§ 31 Abs. 3 AufenthG)	230
e) Niederlassungserlaubnis für minderjährige Ausländer (§ 35 Abs. 1 AufenthG)	231
f) Niederlassungserlaubnis für ehemalige Deutsche (§ 38 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG)	232
4. Verlust des Aufenthaltsrechts	232
III. Verfestigung des prekären zum erlaubten Aufenthalt	233
1. Aufenthaltserlaubnis für qualifizierte Geduldete zum Zweck der Beschäftigung (§ 19d AufenthG)	234
2. Aufenthaltsgewährung für gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende (§ 25a AufenthG)	236
3. Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration (§ 25b AufenthG)	239
4. Weitere Möglichkeiten des Übergangs vom prekären zum erlaubten Aufenthalt	240
a) Aufenthaltsgewährung wegen inlandsbezogener Abschiebungshindernisse (§ 25 Abs. 5 AufenthG)	240
b) Aufenthaltsgewährung in Härtefällen (§ 23a AufenthG)	242
IV. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit	243
1. Anspruchseinbürgerung	244
2. Ermessenseinbürgerung	245

Inhaltsverzeichnis

3. Sonderproblem der doppelten Staatsbürgerschaft	247
a) Beibehaltung der Staatsbürgerschaft bei der Einbürgerung	247
b) Doppelte Staatsbürgerschaft kraft Geburt in Deutschland	248
V. Fazit und Ausblick	249
J. Familiennachzug zu Drittstaatsangehörigen <i>(Tewocht/Walter)</i>	
I. Vorbemerkung	253
II. Grundsätze des Familiennachzugs zu Drittstaatsangehörigen	256
1. Die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen	257
a) Sicherung des Lebensunterhalts	257
b) Einhaltung der Visumsvorschriften	258
2. Die familiäre Lebensgemeinschaft	264
3. Versagungstatbestand: Zweckehe/-adoption, Zwangsehe	267
4. Versagungstatbestand: Unterhaltsgefährdung	269
5. Versagungstatbestand: Nachzug zu Gefährdern	270
6. Grundsätze von Akzessorietät und Zweckbindung	271
7. Der Aufenthaltstitel des Stammberechtigten	272
8. Wohnraumerfordernis	273
9. Der geschützte Personenkreis: Kernfamilie	274
a) Ehegattennachzug	274
b) Kindernachzug	278
c) Sonstige Familienangehörige	280
III. Besonderheiten beim Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit	280
IV. Besonderheiten beim Aufenthalt zum Zweck des Studiums oder der Berufsausbildung	284
V. Besonderheiten beim Familiennachzug zu Geflüchteten	285
1. Erleichterungen beim Nachzug zu Konventionsflüchtlingen	286
2. Anspruch auf Elternnachzug zu minderjährigen Flüchtlingen	286
3. Beschränkungen beim Nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten	287
VI. Fazit und Ausblick	288
K. Zuständigkeiten, Verfahren, Rechtsschutz <i>(Tollenaere)</i>	
I. Vorbemerkung	293
II. Zuständigkeitsverteilung im föderalen System	294
1. Rechtssetzungsbefugnisse	294
2. Verwaltungsvollzug	297
3. Etablierung sog. „Welcome-Center“ in den Kommunen	299
III. Verwaltungsverfahren	300
1. Grundsätze des Verfahrens zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zu Zwecken der Erwerbstätigkeit	301
2. Visumverfahren	303
a) Visumpflicht	303
b) Grundsätze des Visumverfahrens	303
c) Behördenbeteiligung im Rahmen sicherheitsrechtlicher Aspekte	306
d) Besonderheiten des Verfahrens für Visa zu Studienzwecken	306
e) Visapolitik und Vergabepaxis	307
3. Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit	308
a) Grundsätze	308

Inhaltsverzeichnis

b) Prüfungsinhalte	308
c) Verfahrensablauf im Beteiligungsverfahren	309
d) Vorabzustimmungsverfahren	309
e) Beschäftigungsrechtliche Privilegierungen	311
4. Zustimmung der Ausländerbehörde im Visumverfahren	311
a) Grundsätze	311
b) Vorabzustimmungsverfahren	312
c) Beschleunigtes Fachkräfteverfahren	313
5. Ausländerbehördliche Verlängerungsverfahren	315
6. Weitere Erleichterungen auf europarechtlicher Grundlage	315
IV. Rechtsschutz	316
1. Rechtsschutz gegen die Visumsversagung	316
2. Rechtsschutz gegen ausländerbehördliche Entscheidungen	318
V. Fazit und Ausblick	319
L. Der Europarechtliche Rahmen <i>(Guild/Friðriksdóttir)</i>	
I. Vorbemerkung	323
II. Unionsbürger und ihre Familienangehörigen	324
1. Unionsbürger	324
2. Familienmitglieder von Unionsbürgern	326
III. Arbeits- und Bildungsmigration Drittstaatsangehöriger	328
1. Hochqualifizierte	328
2. Allgemeiner Rahmen für eine kombinierte Erlaubnis für drittstaatsangehörige Arbeitnehmer	331
3. Forscher, Studierende, Praktikanten, Freiwillige, Schüler und Au Pairs	333
4. Unternehmensinterne Transfers	336
5. Saisonarbeiter	338
6. Familienmitglieder von EU-ansässigen Drittstaatsangehörigen	340
7. Langfristig Aufenthaltsberechtigte	342
IV. Fazit und Ausblick	343
M. Perspektiven für ein Einwanderungsgesetz <i>(Groß)</i>	
I. Vorbemerkung	347
II. Einwanderungsgesetze im internationalen Vergleich	349
III. Grundlegende Steuerungsfaktoren	351
1. Angebots- und nachfrageorientierte Einwanderungspolitik	352
2. Punktesysteme und Kontingente	353
3. Befristeter und unbefristeter Aufenthalt	355
IV. Rechtspolitische Optionen	356
1. Elemente eines Einwanderungsgesetzes	356
2. Flankierende Maßnahmen	359
V. Fazit und Ausblick	361
 Sachverzeichnis	 365